

Antragsbereich RGP / **Antrag RGP11**

AntragstellerInnen: Landesvorstand

Empfänger: Landesparteitag

RGP11: Regierungsprogramm der BayernSPD - Senior*innen

¹Senior*innen

Die Senior*innen von heute sind die Generation, die während ihres Arbeitslebens wesentliche Teile des Fundaments eines friedlichen und wohlhabenden Deutschlands und Bayerns gelegt haben.

Die BayernSPD steht für eine Gesellschaft des Respekts. Der demografische Wandel bietet die Chance für eine Umgestaltung der Gesellschaft. Angesichts der Herausforderungen, die eine älter werdende Gesellschaft mit sich bringt, will die BayernSPD die Potentiale der Neugestaltung unserer Lebensbedingungen nutzen, um die Integration der älteren Generation in alle Lebensbereiche zu fördern und ihre spezifischen Erfahrungen und Möglichkeiten aufzugreifen.

Dazu bringen wir ein Landesausführungsgesetz zu §71 SGBXII ein als Grundlage einer integrierten Sozialplanung mit einer Grundausstattung an Angeboten der Altenhilfe.

Barrierefreiheit in allen Bereichen ist von großer Bedeutung für ältere Menschen

Dies gilt vom individuellen Raum bis zum öffentlichen
30 Raum, sei es der SPNV, ÖPNV, Zugänge zu öffent-
lichen Gebäuden und Plätzen, zu Verkaufsstätten
und kulturellen Einrichtungen. Mit einem Förder-
programm „Barrierefreies Bayern“ werden wir die
Kommunen dabei unterstützen, aber vor allem im
35 eigenen Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern
konsequent tätig werden.

Gleichberechtigte Teilhabe der Senior*innen am
gesellschaftspolitischen Leben, an Kultur und Bildung
40 im Zeitalter von Digitalisierung

Die Digitalisierung hält Einzug in alle Lebens- und
Arbeitsbereiche. Politik und Zivilgesellschaft dürfen
hierbei nicht nur am Spielfeldrand stehen, sondern
45 müssen aktiv mitgestalten. Es muss Angebote für alle
Bevölkerungsschichten geben, damit die digitale und
politische Teilhabe sichergestellt wird.

Wir nehmen diese Aufgabenstellung als Zielsetzung
50 in den Landesentwicklungsplan aufgenommen auf.

Projekte und Dienste müssen von Anfang an barriere-
55 frei konzipiert werden, um sie für möglichst alle
Menschen, unabhängig von Alter, Gesundheit und
Bildung nutzbar zu machen.

Um dies zu ermöglichen, schaffen wir in Bayern
60 neben einer besseren Anbindung an das Internet
einen Digitalfonds, der für Kommunen und Träger

der freien Wohlfahrtspflege zur Finanzierung von Projekten zur Verfügung steht.

65 Ein digitaler Bildungsgutschein 60+, angeboten über die Volkshochschulen oder anderen Bildungsträgern pro Jahr und Bürger*in sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern.

70 Wir legen niedrigschwellige Sonderprogramme auf, um kommunale Entscheidungsträger dazu zu bewegen, vor Ort entsprechende Angebote zusammen mit freien Trägern aufzulegen.

75

Wir werden prüfen, wie bei Sozialleistungen höhere Kosten von alten Menschen für Gesundheitspflege und Mobilität besser berücksichtigt werden können und auch hier Lotsenstellen schaffen, um die Antragstellung zu erleichtern.

Aufbau von sogenannten Integrationslotsen zur Beratung und Hilfestellung von Senior*innen z.B. beim Ausfüllen von digitalen Anträgen und Einrichtungen für Schulungen, Konzepte etc. Diese könnten z.B. bei den vorhandenen Pflegestützpunkten angebunden werden.

90 Um die Integration von nicht deutsch-sprechenden älteren Mitbürger*innen speziell in Senioreneinrichtungen sicher zu stellen, sind spezifische Sprechstunden mit Dolmetscher*innen anzubieten, um z.B. Digitalkompetenz zu fördern.

95

Um die barrierefreien Angebote in den bayerischen
Rundfunk- und Fernsehanstalten zu verbessern, sor-
100 gen wir dafür, dass z.B. bei Nachrichtensendungen
auch andere Sprachen als Untertitel zur Verfügung
stehen.

Zu einem würdevollen Leben im Alter gehören eine
105 gute medizinische Versorgung und Pflege. Im Rah-
men der dringend notwendigen Finanzreform der
Pflegeversicherung ist eine Einnahmeerweiterung im
Umlagesystem und unter Einbeziehung aller Berufs-
gruppen und Einkommensarten anzustreben.

110 Dazu gehört auch die Übernahme der Investitions-
kosten durch die Länder – in Bayern durch den
Freistaat Bayern - sowie die Deckelung der Eigenan-
teile für pflegebedürftige Menschen in stationären
115 Einrichtungen.

Damit Teilhabe verwirklicht werden kann, bedarf es
120 vielfältiger Angebote der Senioren- und Quartiersar-
beit sowie Maßnahmen der Gesundheitsförderung
und Prävention im Quartier. Dazu gehört ein prä-
ventiver Hausbesuch in den Kommunen, der allen
Bürger*innen über 75 Jahre zur Verfügung steht.

125 Wir unterstützen Pflegeeinrichtungen durch ein
Digitalisierungsprogramm zur Straffung von Arbeits-
abläufen, vor allem aber um die Kommunikation
(Videokommunikation) von Pflegenden, den Pflege-

130 bedürftigen und den Angehörigen untereinander
zu ermöglichen sowie zur Aufrechterhaltung der
sozialen Kontakte.

135

Der weitere Ausbau von Pflegestützpunkten muss
forciert werden.

Zur Verbesserung der palliativen Versorgung und
140 Sterbebegleitung richten wir in Bayern ein Landes-
palliativprogramm ein. Wir unterstützen dabei auch
den Ausbau der Palliativstrukturen – dazu gehört
auch das entsprechende Palliativ-Care-Fachpersonal
- in den Einrichtungen und Dienstleistungen der
145 Eingliederungshilfe.

Wir sorgen für altersgerechte, barrierefreie und
bezahlbare Wohnungen sowie an Senior*innen ange-
passte Wohnformen und ein entsprechendes Umfeld

150

Dabei werden wir auch neue Wohnformen für Ältere
fördern, damit diese möglichst lang selbstbestimmt
in den eigenen vier Wänden leben können. Pfl-
gebedürftigkeit darf kein Grund sein, die vertraute
155 Wohnung verlassen zu müssen.

Wir wollen Senior*innengenossenschaften stärken.

160

Mehrgenerationenhäuser stellen eine unverzicht-
bare soziale Infrastruktur dar und leisten einen
wichtigen Beitrag zum generationenübergreifenden

Dialog. Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen.

165

Um soziale Strukturen in benachteiligten Gebieten zu stärken, bündeln wir über die verschiedenen Ressorts hinweg Förderprogramme. Zudem sichern wir koordinierende Anlaufstellen im Sinne von Quartiersmanager*innen finanziell ab und verankern sie nachhaltig in den Kommunen.

175

Wir stärken den politischen Meinungsbildungsprozess durch die Senior*innen

Wir bringen ein Senior*innenmitwirkungsgesetz auf den Weg, das echte Einflussmöglichkeiten und Beteiligungsrechte beinhaltet. Darin werden u.a. die Kommunen verpflichtet, Senior*innenbeiräte einzurichten und diese mit Mindeststandards wie Rederecht und Antragsrecht auszustatten.

1